

Reichsward

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Grav E. Reventlow

Der „Reichsward“ erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis: Inland: vierteljährlich durch die Post 3.— Am. durch Kreuzband 3.75 Am. Ausgabe B monatl. 1 Am. Deutschösterreich monatl. 2 Schilling. Ausland: Vierteljährl. 1 Dollar. — Einzelgen.-Preis: Für die halbe Seite 10 Pfennig, für die ganze Seite 20 Pfennig.

Bei Hauptbestellung entsprechender Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ G. m. b. H., Berlin S-B 11, Bernburger Str. 30, entgegen. — Fernsprecher: Lübow 5182. Vollständ. Adress: Berlin S-B 11. Unbedruckte Manuskripte ist Rückporto beizulegen.

„Kreuzzug“ gegen Rußland! — Für wen?

Seit dem Aufruf des Papstes, dem sich diejenigen der Weisheit der evangelischen Kirchen, der Rabbiner angeschlossen, haben wir hier die Befürchtung geäußert, daß man nun auf diesem Wege jene Aktion gegen Rußland vorbereiten und einleiten wolle, die nunmehr seit zehn Jahren bald in diesen, bald in jenen Kreisen, geplant worden ist. Auf die große Gefahr, die ein solches Unternehmen für Deutschland mit sich bringen würde, hat hier neulich

schon die „Reichsward“ oft genug dargelegt. Das genannte Wiener Judenblatt aber hat ganz Recht mit seinem Schlußsatz: ein offen feindlicher Kurs der deutschen Regierung gegen die Sowjetregierung liege auf der Linie der Youngplanpolitik. Der Youngplan ist das Werk des Weltkapitals, und von diesem aus gehen eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Einheitlichkeit und sorgfältig gearbeiteter Zielentschiedenheit des Reges, in welchem das deutsche Volk sich auf der politischen seiner eigenen Macht haben nunmehr gefangen sieht. Die politischen und damit auch geschäftlichen Misträger und Nutznießer des Youngplanes und damit auch der Deutschland gegebenen Youngplangelege sind die großen kapitalistischen veränderten Weltmächte, und jenseits des Ozeans die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese haben alle das gleiche Interesse, Deutschlands Politik nach Westen gebunden zu halten. Das ist die eine Seite ihrer Youngplanpolitik, die andere ist folgerichtig aus Rußland ein für immer machtloses und willenloses Objekt ihrer Politik und ihrer wirtschaftlichen Ausnutzung zu machen und so auch von dieser Seite zu verhindern, daß eine politische Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands je wieder zur Tatsache werde. Diesen großen Gesichtspunkt muß man in der Beurteilung der Rußlandpolitik Deutschlands und der anderen Mächte als leitend festhalten, unbeeinträchtigt durch verdunkelnde Nebeneingebungen. Zu solchen Verdunkelungen und Verwirrungen gehört auch das Argument: nicht gegen Rußland, sondern allein gegen die Sowjetregierung und deren Religionsverfolgung müsse man sich richten. Wir, das ist immer unser Standpunkt gewesen, betrachten Regierung und Regierungssysteme, sei es in Rußland, sei es anderswo, nur vom außenpolitischen Standpunkt, nicht vom demjenigen einer „moralischen“ oder „grundgesetzmäßigen“ Billigung. Ohne diesen Standpunkt weiter akademisch zu begründen, wollen wir die Lage und die Absichten der Mächte kurz ins Auge fassen: die Absichten der Weltmächte sind öffentliches Geheimnis und ebenso ist es die Tatsache, daß sie mit dem Vatikan und mit der Weltkapital im Einverständnis sind: gelingt es ihnen, sei es durch Weltkrieg oder durch Druck, die Sowjetregierung zu beseitigen, so werden sie natürlich nicht daran denken, denn ein „freies nationales Rußland“ zu errichten, das sich dann mit dem Substrat: endlich! in die deutschen Arme werfen würde. Vielmehr würden die Weltmächte und, man kann sich daraus verlassen: mit größter Umsicht und Gründlichkeit ihr Zukunftsrußland zubereiten und zuzuschneiden, wie sie es brauchen. Das würde unter allen Umständen gegen alles deutsche Interesse zielbewußt gerichtet sein. Gerade dieses ist aber doch der Punkt, auf den es uns Deutschen vor allem anderen ankommen muß. So wenig wir Sympathien für die Sowjetregierung haben, so sehr ziehen wir ein möglichst unabhängiges Weiterbestehen des Sowjetsystems in Rußland vor einem durch die Weltmächte und das Weltkapital gestellten und von ihnen abhängigen Rußland, gleichviel welcher Staats- und Regierungsform.

Kabinetts - und ihre Parteien für eine solche Verpflichtung haben und den Weltmächten gegenüber ohne weiteres zu haben sind. Die „Freundschaft mit Polen“ war unter dem Kabinetts Müller-Leipziger, nicht anders ist sie es für das Kabinetts Brüning. Die Vertreter des nationalen Sozialismus haben jetzt keinen Einfluß auf die Gestaltung der auswärtigen Politik dieser Republik. Umso notwendiger erscheint, besonders auch im Hinblick auf die Zukunft, den Standpunkt festzulegen: jede Politik, die zu Polens Gedeihen und Stärkung direkt oder indirekt beiträgt, ist, deutschpolitisch betrachtet, weniger eine Antipolpolitik, als eine antirussische Politik. Eine antirussische Politik aber ist auch eine antideutsche Politik. Darauf kommt es zuerst und zuletzt eben an. Nationalrussische Vertreter einer von den Weltmächten, dem Vatikan, der Weltfinanz zersplittert und zubereiteten russischen Volkswürde, einer deutschen Rechtfertigung; aber wir wollen doch nur zu eurer Befreiung vom göttlichen Sowjetsystem beitragen, kein Verhängnis entgegenbringen, sondern im besten Falle die bezeichnende Bewegung des Zeigefingers nach der Stirn machen. Im besten Falle!

Inhalt:

„Kreuzzug“ gegen Rußland! — Für wen?
Der „Kreuzzug“ in der Presse
Konfession? — Rechts?
D. A. B. B.

noch Adalbert Vold aufmerksam gemacht. . . Neuerdings wurden die Anzeichen bemerkbar, welche geeignet sind, unsere, gerade die der Nationalsozialisten, Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf diese Pläne zu richten; denn ihre Ausführung wird auf Kosten von Lebensinteressen des deutschen Volks vor sich gehen.

In der Reichstagsdebatte über die Erklärung des Kabinetts Brüning sagte der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, der Prälat Lecht: „Wir müssen in diesem Zusammenhang unserer tiefen Empörung Ausdruck geben, über den blutigen Terror, mit welchem die russische Sowjetregierung gegen religiöse Ueberzeugung und Meinung vorgegangen ist und noch vorgeht. Wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die deutsche Reichsregierung mithelfen wird, die Bestrebungen des päpstlichen Stuhls und der verschiedenen Religionsgesellschaften auf schnelle Beendigung der religiösen Verfolgungen in Rußland zum Erlöse zu führen.“

Diese Äußerungen wurden von der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum mit Bravos und anderen lauten Bezeugungen des Beifalles begrüßt. Die Persönlichkeit des Prälaten Dr. Lecht ist derart, daß er solche Äußerungen nicht getan haben würde, wenn er nicht wüßte, daß bereits der Boden für das von ihm verlangte Vorgehen bereitet ist oder wird, und wenn er nicht gemeinsamen Auftrag gehabt hätte. Der Hamburger Domkapitular giebt, der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die deutsche Regierung mithelfen wird, die Bestrebungen des päpstlichen Stuhls und der verschiedenen Religionsgesellschaften um „zum Erlöse zu führen. Das der Redner der Zentrumspartei den Punkt nicht berührt hat, beweist höchstens, daß die neue Regierung für zweckmäßiger gehalten hat, die Öffentlichkeit vorläufig nur durch den Wortführer der kleineren der beiden kirchlichen Parteien vorbereiten wollte. Erwinnern wir uns auch der neulichsten Worte des Cardinals Faulhaber: „Die katholische Kirche hat die abendländische Kultur in den Kreuzzügen vor der Barbarei des Ostens gerettet. Die katholische Kirche hat auch heute die Kreuzfahrer gen Osten mit geistigen Waffen ausgerüstet.“ — So, so! „Kreuzfahrer“ ist gut gesagt, Kriegswaffen sollen sie führen, aber mit diesen wird nicht die Kirche sie „ausrüsten“, sondern mit „geistigen“, nämlich mit religiösen Worten für ein religiös nicht zu begründendes Unternehmen.

Einige Tage vor Beginn der Reichstagsdebatte schrieb das jüdische „Wiener Neue Journal“ unter dem Titel „Kampfgovernment gegen Rußland“:

„Außenpolitisch ist die neue Reichsregierung gleichfalls an einen wichtigen Programmpunkt gebunden. Im Zusammenhang mit dem Religionsaufruf des Zentrums wird die Regierung Brüning den Abwehrkampf gegen die Religionsverfolgung unterstützen, ebenso wie die Deutsche Volkspartei, die beide einen überlegenen Einfluß im neuen Kabinetts haben, einen offen feindlichen Kurs gegen die Sowjetregierung einschlagen. Das liegt auch auf der Linie der Youngplanpolitik.“

Diese Sätze sind noch deutlicher als die des Domkapitulars Dr. Lecht, (andere Zeitungsstimmen folgen weiter unten), sie sprechen von einem „offen feindlichen Kurs“ des neuen deutschen Kabinetts gegen die Sowjetregierung und geben die politische Charakterisierung der Lage noch deutlicher in den paar Worten: „Das liegt auch auf der Linie der Youngplanpolitik.“ „Etagemäßig“ ausgedrückt: Weltantizismus, Judentum, Vatikan und Religionsge-

schäften sind sich darüber einig, „Religion“, Politik und Geldgeschäft gemeinsam miteinander zu betreiben, gegen Rußland und in Rußland. Es ist schwer zu sagen, ob Heuchelei oder Dummheit ist, wenn man neuerdings in der Mehrheitspresse dieser Republik die Auffassung vertreten sieht: eine der großen Erregungseigenschaften des Youngplans sei, daß Deutschland nunmehr endlich wieder „volle Freiheit in der Außenpolitik“ erhalten hätte. Das Gegenteil der Fall ist, hat der „Reichsward“ oft genug dargelegt. Das genannte Wiener Judenblatt aber hat ganz Recht mit seinem Schlußsatz: ein offen feindlicher Kurs der deutschen Regierung gegen die Sowjetregierung liege auf der Linie der Youngplanpolitik. Der Youngplan ist das Werk des Weltkapitals, und von diesem aus gehen eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Einheitlichkeit und sorgfältig gearbeiteter Zielentschiedenheit des Reges, in welchem das deutsche Volk sich auf der politischen seiner eigenen Macht haben nunmehr gefangen sieht. Die politischen und damit auch geschäftlichen Misträger und Nutznießer des Youngplanes und damit auch der Deutschland gegebenen Youngplangelege sind die großen kapitalistischen veränderten Weltmächte, und jenseits des Ozeans die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese haben alle das gleiche Interesse, Deutschlands Politik nach Westen gebunden zu halten. Das ist die eine Seite ihrer Youngplanpolitik, die andere ist folgerichtig aus Rußland ein für immer machtloses und willenloses Objekt ihrer Politik und ihrer wirtschaftlichen Ausnutzung zu machen und so auch von dieser Seite zu verhindern, daß eine politische Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands je wieder zur Tatsache werde. Diesen großen Gesichtspunkt muß man in der Beurteilung der Rußlandpolitik Deutschlands und der anderen Mächte als leitend festhalten, unbeeinträchtigt durch verdunkelnde Nebeneingebungen. Zu solchen Verdunkelungen und Verwirrungen gehört auch das Argument: nicht gegen Rußland, sondern allein gegen die Sowjetregierung und deren Religionsverfolgung müsse man sich richten. Wir, das ist immer unser Standpunkt gewesen, betrachten Regierung und Regierungssysteme, sei es in Rußland, sei es anderswo, nur vom außenpolitischen Standpunkt, nicht vom demjenigen einer „moralischen“ oder „grundgesetzmäßigen“ Billigung. Ohne diesen Standpunkt weiter akademisch zu begründen, wollen wir die Lage und die Absichten der Mächte kurz ins Auge fassen: die Absichten der Weltmächte sind öffentliches Geheimnis und ebenso ist es die Tatsache, daß sie mit dem Vatikan und mit der Weltkapital im Einverständnis sind: gelingt es ihnen, sei es durch Weltkrieg oder durch Druck, die Sowjetregierung zu beseitigen, so werden sie natürlich nicht daran denken, denn ein „freies nationales Rußland“ zu errichten, das sich dann mit dem Substrat: endlich! in die deutschen Arme werfen würde. Vielmehr würden die Weltmächte und, man kann sich daraus verlassen: mit größter Umsicht und Gründlichkeit ihr Zukunftsrußland zubereiten und zuzuschneiden, wie sie es brauchen. Das würde unter allen Umständen gegen alles deutsche Interesse zielbewußt gerichtet sein. Gerade dieses ist aber doch der Punkt, auf den es uns Deutschen vor allem anderen ankommen muß. So wenig wir Sympathien für die Sowjetregierung haben, so sehr ziehen wir ein möglichst unabhängiges Weiterbestehen des Sowjetsystems in Rußland vor einem durch die Weltmächte und das Weltkapital gestellten und von ihnen abhängigen Rußland, gleichviel welcher Staats- und Regierungsform.

Ein offenes Geheimnis ist auch die Absicht der Weltmächte: für eine einleitende Aktion gegen Sowjetrußland Deutschland zu benutzen. Wir wissen nicht, wie im Einzelnen man sich diese Benutzung denkt, oder ob man bereits sich schloßig geworden ist. Es ist wahrscheinlich genug, daß die Mächte besonders auch der Vatikan, ein ihnen genehmes deutsches Kabinetts, wie das gegenwärtige, ohne Not keinen allzu großen Innenschwierigkeiten aussetzen wollen. Solche Schwierigkeiten wären vielleicht nicht ausgeschlossen wenn man Deutschland zumutete, als Durchmarschgebiet gegen Rußland zu dienen. Man würde sich vielleicht damit begnügen, jedenfalls unter allen Umständen diese Forderung stellen: daß Deutschland bei einer Aktion Polens gegen Rußland an Polen keine Versailler Grenzen feierlich garantierte und ihm Rückenfreiheit verbürgte. Bei der militärischen Schwäche Rußlands halten wir für wahrscheinlich genug, daß man einen gut unterführten Vormarsch Polens und Rumaniens gegen Rußland für genügend hielt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die einzige deutsche Regierung, — ebenso wie das verfloßene

„Reichsward“ bereits, Selbstverständlich sind sie zu mißbilligen, soweit sie die christlichen Bekenntnisse anlangt. Beschränkte sich die Sowjetregierung auf die Ausmerzung des jüdischen Rituals, so würden wir ihr völlig Recht geben. — Hier hat man übrigens auch einen wichtigen Verknüpfungspunkt der Interessen des Judentums mit denen des Vatikan, der Weltfinanz und der jüdischen Einflussmächte in London und Paris. Wie gesagt, vermögen wir den Gang der Dinge nicht zu hindern. Es bleibt nur übrig, die Stimme zu erheben und den Standpunkt festzulegen. Mögen die genannten Mächte im Verein mit dem Vatikan so oder so gegen Moskau vorgehen, mag die deutsche Regierung dann diesen oder jenen für deutsche Polenbegünstigung versprochenen Preis vorzeigen, — an der Grundfehlerhaftigkeit einer solchen Politik würde damit nichts geändert werden. Diesen unseren Standpunkt aber werden auch Vertreter des nationalen Russentums anerkennen, welche die Sowjetregierung, den Bolschewismus, mit Recht als ihren Todfeind betrachten. Was hilft es ihren Gedanken und ihren Zukunftsplänen, wenn Vatikan, Weltmächte, Polen, Rumänien und Weltfinanz die Sowjetregierung beseitigen und damit zugleich auch Rußland und seine Zukunft, nach menschlichem Ermessen endgültig, zerbrechen?

Der Reichstanzler Dr. Brüning hat neulich gesagt: die Besprechung der außenpolitischen Fragen verhöhe die Regierung auf die Erörterungen des Außenrats. Wann diese Erörterung kommt, weiß niemand, aber daß inzwischen die Dinge nicht stille stehen, weiß die Regierung. Sie will also annehmend möglichst spät oder garnicht eine Erörterung im Reichstag. Die neulichen nationalsozialistischen Fragen blieben unbeantwortet.

Der „Kreuzzug“ in der Presse

Im führenden Berliner Zentrumblatt: „Germania“ erschien ein Aufsatz unter der Ueberschrift: „Das Wort eines Protestanten“. Dieser Protestant anerkannte das politische (N) des päpstlichen Aufrufs und forderte, daß alle christlichen Mächte dem Papst folgen müßten: „Als Evangelischer fordere ich, daß unsere Kirchen die gemeinsame Aufgabe des Christentums in der Welt erkennen und sich dem Sammelruf des Papstes unbedingt zur Verfügung stellen. Nur wenn die Christenheit einig ist, besteht Hoffnung, daß auch die weltlichen Mächte ihre Pflicht begreifen. Es handelt sich um einen moralisch-politischen Akt, durch den die Welt zu erklären hat, daß sie Maßnahmen wie die der Sowjets schlechterdings nicht dulden kann.“ Der Protestant spricht weiterhin von den christlichen Grundkräften Europas und meint: diese seien nur zu mobilisieren, „wenn man ihnen den Feind zeigt und das Ziel, der Freiheit des Christentums in der Welt“.

Die „Germania“ schrieb gegen einen Aufsatz des Sowjetblattes „Sowjetija“: „Nun möchten wir der „Sowjetija“ sagen, daß diese Antwort vielleicht schneller und deutlicher erreicht werden wird, als man in Moskau anzunehmen scheint. Man wird — was wir nicht hoffen wollen — vielleicht sogar gezwungen sein, den Rat der „Sowjetija“ zu befolgen und anstelle der Worte Taten zu setzen. Ob Freund oder der Sowjetunion, führt jeder (?) in Deutschland, daß wir an einem entscheidenden Punkte der deutsch-russischen Beziehung angelangt sind.“